N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 26. Februar 2010, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Acker, Backes, Böttcher, Biebusch, Büchner, Daser, Dinnebier, Hebert-Henkel, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk
CDU:	Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Vaupel, von Ploetz, Dr. Wulff
GRÜNE:	Dr. Baumann, Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Köhler, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal
Marburger Linke:	Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Dr. Weber
FDP:	Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel
MBL:	Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:
Die Stadtverordneten Becker (SPD), Lohse und Stompfe (CDU), Schäfer (Marburger Linke) und die ehrenamtlichen Stadträte Biver, Reinhard und Sprywald.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:10 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt insbesondere den neuen Stadtverordneten Helmut Hebert-Henkel (SPD), der für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch nachgerückt ist. Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht dem neuen Stadtverordneten viel Freunde und Erfolg bei der Ausübung seines Mandats und eine gute Zusammenarbeit.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Januar 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche zur ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

Anschließend gedenken alle Anwesenden in einer Schweigeminute des verstorbenen Stadtverordneten Jürgen Markus (Bündnis 90/Die Grünen), der dem Hause von 1998 bis 2007 angehört hat.

Der Stadtverordnetenvorsteher geht in einer kurzen Ansprache auf das Wirken des Stadtverordneten Jürgen Markus ein.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zunächst spricht Bürgermeister Dr. Kahle zu den kürzlich durchgeführten Baumfällarbeiten in der Sonnenblickallee.

Ein ursprünglich vorgesehner Dringlichkeitsantrag zu dieser Angelegenheit ist damit hinfällig geworden.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen betrifft Sonderprogramm Straßensanierung VO/0994/2010

Der Dringlichkeitsantrag liegt allen Stadtverordneten vor. Gemäß Vereinbarung in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates wird die Vorlage einvernehmlich in die Tagesordnung aufgenommen. Der Stadtverordnetenvorsteher ruft den Antrag und TOP 17.1 auf.

Der Dringlichkeitsantrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Dringlichkeitsantrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen betrifft Erhalt des Arbeitsgerichts am Standort Marburg VO/1022/2010

Auch zu diesem Dringlichkeitsantrag hat der Ältestenrat die Aufnahme in die Tagesordnung vereinbart. Der Stadtverordnetenvorsteher wird die Vorlage als 17.2 aufrufen.

Auch dieser Dringlichkeitsantrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Kenntnisnahme des Magistrats betreffend Bahnanbindung der Universitätsstadt Marburg VO/1002/2010

Diese Kenntnisnahme ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung bereits zugegangen und wird in die Tagesordnung als TOP 19.3 aufgenommen.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Weiterhin gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 1 02/2010)
Vorlage: VO/1024/2010

Bei der geplanten Instandsetzung der Elisabethbrücke sollte der darunter

befindliche Radweg auch während der Arbeiten benutzbar sein. Ist dies so richtig?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Grundsätzlich kann der Radweg entlang des östlichen Lahnufers während der Instandsetzungsarbeiten genutzt werden. Im Bereich der Elisabethbrücke muss der Radweg aber durch eine Einhausung geschützt werden, damit niemand durch ggf. herab fallende Teile gefährdet wird. Beim Aufbau der Einhausung könnte jedoch eine kurzfristige Sperrung notwendig werden. Die Kosten für die Herstellung, Vorhaltung und Demontage der Einhausung belaufen sich auf ca. 15.000 € brutto.

Wenn zum Zeitpunkt der Sanierungsarbeiten bereits der Fuß- und Radweg auf der westlichen Lahnseite bereit steht. könnte der Radverkehr alternativ auch auf diese Seite umgelegt werden. Dann wäre eine Sperrung des Radweges im östlichen Lahnvorland zwischen der Rosenbrücke und dem Abendrothsteg denkbar und die o. g. Kosten könnten eingespart werden.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 2 02/2010) Vorlage: VO/1025/2010

Welche städtischen Gremien (Ortsbeiräte, Beirat für Stadtgestaltung, etc.) haben sich bislang mit dem Thema "Windkraftanlagen auf den Lahnbergen" beschäftigt und wann werden die Stellungnahmen im Volltext den Stadtverordneten und den betroffenen Ortsbeiräten zur weiteren Diskussion zur Verfügung gestellt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Folgende städtischen Gremien haben sich mit dem Thema "Windkraftanlagen auf den Lahnbergen" beschäftigt:

- Ortsbeiräte von Ginseldorf, Bauerbach, Schröck, Moischt, Cappel und Michelbach
- Beirat für Stadtgestaltung
- Denkmalbeirat
- Naturschutzbeirat

Deren Stellungnahmen sind der Vorlage an den Magistrat zur Kenntnisgabe der Visualisierung als Zwischenstand der Diskussion beigelegt.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 3 02/2010) Vorlage: VO/1014/2010

Wie hoch sind die Mehreinnahmen der Stadt Marburg im Jahre 2009 durch die höheren Straßenverkehrsgebühren für Hinterlieger und Teilhinterlieger aufgrund der Änderung der Straßenreinigungssatzung zum 01.07.2009?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Straßenreinigungsgebühren (nicht: Straßenverkehrsgebühren) haben sich durch die veränderte Satzung weder im Einzelfall noch insgesamt signifikant verändert.

Die Satzungsänderung hat nicht die Gebühren erhöht, sie hat lediglich für Hinterlieger und Teilhinterlieger zu einem andern Verteilungsmaßstab geführt.

Nach den Erfahrungen des Steueramtes bewegten sich die Nachberechnungen für die einzelnen Grundstückseigentümer i. d. R. im niedrigen zweistelligen €-Bereich und haben sich insgesamt praktisch ausgeglichen.

Mehreinnahmen von ca. 5.000 € für das Halbjahr nach der Satzungsänderung gab es, weil zusätzliche Straßen in die öffentliche und damit gebührenpflichtige Reinigung aufgenommen wurden.

Bei den Haushaltsansätzen für 2010 und 2011 wird sich das widerspiegeln.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 4 02/2010) Vorlage: VO/1026/2010

Auf dem Weg zur Januar-Stadtverordnetensitzung fiel mir an der Bushaltestelle Rudolphsplatz in Richtung Hauptbahnhof eine riesige Pfütze vor der Fußgängerampel auf der gesamten markierten Übergangsbreite - ca. 1 m - 1,5 m in die Fahrbahn ragend und gut knöcheltief - auf.
Kann es sein, dass dort dringend die Abflüsse von Winterdienst-Streugut befreit werden müssen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Straßenablauf war mit Schnee und Eis überdeckt, so dass Regen- und Schmelzwasser nicht abfließen konnten. Mittlerweile ist die Überdeckung abgeschmolzen und der Ablauf wieder funktionsfähig.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 5 02/2010) Vorlage: VO/1015/2010

Die Broschüre „Stadtwald Marburg" der SEG bezüglich des Bauforums

Stadtwald wimmelt von Rechtschreib- und Grammatikfehlern. Schon beim ersten Durchblättern sind mir 23 Fehler aufgefallen. Wurde die Rechnung des beauftragten Unternehmens SP Plus dieser Minderleistung entsprechend gekürzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es ist richtig, dass die Broschüre „Stadtwald Marburg" fehlerhaft ist.
Das beauftragte Büro sollte die Broschüre erst nach Freigabe durch uns in Druck geben. Eine Druckfreigabe wurde jedoch nicht abgewartet.
Stattdessen wurde die gedruckte fehlerhafte Broschüre geliefert. Vor dem Hintergrund des schon angekündigten Bauforums wurde die Broschüre an einen begrenzten Adressatenkreis ausgegeben, zu dem auch das Aufsichtsratsmitglied Stadtverordnete Sonja Sell gehört. Die Rechnung vom 28.01.2010 wurde nicht bezahlt.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 6 02/2010) Vorlage: VO/1027/2010

"Welche parlamentarischen Regelungen gibt es, die das Zählen von Stimmen in der STVV bei Abwesenheit des /der Stimmberechtigten regeln? Z. B. wie groß darf die Entfernung vom Sitzungssaal sein, sodass die Stimme des / der Abgeordneten noch gezählt wird?"

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Abwesende Stadtverordnete können sich nicht an der Stimmabgabe beteiligen.

Die Form der Abstimmung ist im **§ 8 der Geschäftsordnung** geregelt:

Auszug:

02. Es wird durch Handaufheben abgestimmt. In Zweifelsfällen ist die Gegenprobe zu stellen.
Geheime Abstimmungen sind unzulässig, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen;

03. Das Ergebnis der Abstimmung ist durch den/die Stadtverordnetenvorsteher/-in bekanntzugeben. Auf Antrag eines/einer Stadtverordneten ist auch das Abstimmungsverhältnis festzustellen und bekanntzugeben.

Dies setzt voraus, dass sich ein/e Stadtverordnete/r in den Reihen der Stadtverordnetenplätze befindet, damit es dem Stadtverordnetenvorsteher möglich ist, die Stimmabgabe zweifelsfrei zu erkennen und mitzuzählen.

Ansonsten kann die/der Stadtverordnete keinen Anspruch auf das Mitzählen ihrer/seiner Stimme herleiten, was zu **ihrem/seinem Nachteil** und dem ihrer/seiner Fraktion gereicht.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 7 02/2010)
Vorlage: VO/1039/2010

"Bis zu genau welchen Hausnummern reicht das Sanierungsgebiet auf den beiden Seiten der Ketzerbach kurz vor dem Marbacher Weg?"

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Sanierungsgebiet nördliche Altstadt reicht auf beiden Seiten der Ketzerbach im Übergang zum Marbacher Weg bis zu den Gebäuden Ketzerbach 52 und 59.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 8 02/2010)
Vorlage: VO/1016/2010

Der Magistrat möge Auskunft geben, ob er gegen Graffitischmierereien an öffentlichen Plätzen, wie Unterführungen oder Brücken, Anzeigen erstattet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Grundsätzlich handelt es sich bei Graffitischmierereien um Sachbeschädigungen, die von den jeweils betroffenen Eigentümern zur Anzeige gebracht werden können.

Dementsprechend wird seitens des Rechtsservice in den Fällen, in denen Meldungen von Sachbeschädigungen eingehen und die Stadt Marburg Eigentümerin des beschädigten Objektes ist, Strafanzeige bei der Polizei erstattet. In der Vergangenheit betraf dies überwiegend Graffitischäden an städt. Gebäuden, insbesondere Schulgebäuden.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 9 02/2010)
Vorlage: VO/1017/2010

Kann der Magistrat Auskunft darüber geben, ob bei städtischen Parkbänken und auch anderem städtischem Mobiliar darauf geachtet wird, zertifiziertes

heimisches Holz zu verwenden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bei der Beschaffung von Parkbänken wird darauf geachtet, dass kein Tropenholz zu Einsatz kommt. In einigen Fällen besteht die Möglichkeit, FSC-zertifiziertes Holz einzusetzen. Die PEFC-Zertifizierung (von Hessen-Forst propagiert) beinhaltet nur die auch rechtlich verpflichtend durchzuführende ordnungsgemäße Forstwirtschaft.

Bei städtischem Mobiliar werden beschichtete Pressspanplatten verwendet.
Bereits beim Ankauf von neuem Inventar wird darauf geachtet, dass es sich um umweltfreundliches, recycelbares Material handelt, welches die DIN EN ISO 14001:2005 erfüllt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 10 02/2010)
Vorlage: VO/1028/2010

Mit der Wärme, die im Abwasser enthalten ist, könnten in Deutschland bis zu 10 % aller Gebäude beheizt werden. Mit den im Laufe der letzten Jahre in der Schweiz entwickelten Technologien ist eine breite Erschließung dieses Potenzials möglich.

Sind die technischen Voraussetzungen, dieses Potenzial zu nutzen, in Marburg gegeben und gibt es bereits Überlegungen der Stadt dieses Potenzial zu nutzen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bisher wurden seitens der Stadt Marburg keine konkreten Machbarkeits-untersuchungen erstellt.

Beispielhafte Anlagen, z.B. die der Abwasserwerke Ludwigshafen sowie deren bisherigen Betriebserfahrungen sind bekannt.

Die Tatsache, dass es sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz nur wenige Anlagen dieser Art liegt zum einen an der noch recht neuen Entwicklung von im Rohabwasser eingesetzten Wärmetauschern, sowie an den erforderlichen Randbedingungen zum wirtschaftlichern Einsatz. So müssen die in Frage kommenden Abwasserkanäle gut begehbar und gerade geführt sein und sich insbesondere in der Nähe eines Abnehmers mit hohem Warmwasserbedarf und/oder mit niedrigem Heiztemperaturniveau befinden (z.B. Fußbodenheizung).
Am Beispiel des Abwasserbetriebes der Stadt Ludwigshafen wurde dort der Wärmetauscher in den Hauptsammelkanal installiert. Eine Wärmepumpe mit 90 kW Heizleistung versorgt die Betriebsgebäude. unter dessen Gelände besagter Kanal verläuft.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 11 02/2010)
Vorlage: VO/1029/2010

Im März 2009 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat der Stadt Marburg aufgefordert, in Abstimmung mit der Deutschen Bahn AG zu prüfen, wie und wo im Rahmen der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes eine Fahrradstation (mit Service) realisiert werden kann.

Welches Ergebnis hat die Prüfung erbracht und wird der Bau einer Fahrradstation von Seiten der Stadt verfolgt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Aktuell stehen weder über die Planung des planfestgestellten Bahnhofsvorplatzes noch über die Umplanung des Bahnhofes Flächen für eine wünschenswerte Fahrradstation mit Service zur Verfügung. Auch die nach Norden angrenzenden Flächen im unmittelbaren Bahnhofsumfeld stehen aufgrund realisierter Verkäufe und zwischenzeitlich privater Nutzungen ebenfalls nicht mehr zur Verfügung. Seitens der Bahngesellschaften werden darüber hinaus zurzeit auch keine weiteren Standortalternativen angeboten. Eine mögliche Umplanung und Einbeziehung der bestehenden Fahrradstellplätze - auch für eine Fahrradstation - ist voraussichtlich erst 2012 nach Ablauf vertraglicher Bindungsfristen möglich.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 12 02/2010)
Vorlage: VO/1030/2010

Wie ist der aktuelle Sachstand der Bauvoranfragen und Baugenehmigungen im Geltungsbereich des gerade aufgestellten Bebauungsplans Nr. 5/14 „Ockershäuser Allee" und wie ist bei evtl. genehmigten Bauten die Brandschutzsicherung gewährleistet (Feuerwehrzufahrten)?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

BTB 456/2009 Mehrfamilienwohnhäuser Ockershäuser Allee 24
Der Bauantrag für die geplanten Mehrfamilienwohnhäuser ist inzwischen zurückgezogen worden. Beantragt waren zwei Gebäude: Das hintere Gebäude hat die Abmessungen 29,99 m x 18,49 m und hat drei Vollgeschosse. Das vordere, an der Straße gelegene Gebäude hat die Abmessungen von 16,49 m x 7,99 m und hat zwei Vollgeschosse. Andernfalls wäre eine Zurückstellung nach § 15 Baugesetzbuch erfolgt.

VA 021/2008 Gebäude hinter der Ockershäuser Allee 26 und 28
Die Bauvoranfrage für die Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit den Abmessungen von 15,50m x 10,83m mit einem Voll- und einem Staffelgeschoss mit Flachdach wurde am 02.09.2008 positiv beschieden. Es wurde eine Baugenehmigung in Aussicht gestellt, wenn die gesicherte Erschließung nachgewiesen werden kann. Die Erschließung und die Feuerwehrzufahrt sollen über das davor liegende Grundstück Ockershäuser Allee 28 führen. Hierzu wären jedoch die Eintragung einer Baulast und die Herstellung der Zufahrt erforderlich. Der Vorbescheid gilt drei Jahre. Ein Bauantrag für dieses Grundstück liegt noch nicht vor.

Feuerwehrzufahrten
Die Gebäude auf den vorgenannten Grundstücken sollen über Feuerwehrzufahrten erreicht werden. Die Feuerwehrzufahrt zu dem letztgenannten Einfamilienhaus hat nur eine Breite von 2,80 m (erf. 3,00 m). Dies stellt aber nach Mitteilung des Fachdienstes Brandschutz kein Problem dar, weil bei diesem Einfamilienwohnhaus die direkte Anfahrbarkeit nicht erforderlich ist.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Sell (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 13 02/2010) Vorlage: VO/1032/2010

Wie ist der Sachstand bzgl. des Antrags des OBR Cappel vom 1.10.09 zum Thema Reduzierung der Geschwindigkeit auf 100 km/h von der Südspange bis zur Marburger Stadtgrenze Richtung Süden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (StVO) sind vor jeder Entscheidung der Straßenverkehrsbehörde die Straßenbaubehörde und die Polizei zu hören.

Bei dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen und dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei wurden entsprechende Stellungnahmen angefordert. Diese liegen bisher noch nicht vor.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 14 02/2010) Vorlage: VO/1033/2010

In 2008 hatte der Seniorenbeirat gebeten auf dem Parkplatz des Georg-Gaßmann-Stadions entsprechend große Schilder mit dem Hinweis auf das WC auf zu stellen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Wann werden die

Schilder aufgestellt und wer ist für die Verzögerung verantwortlich?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Oktober 2008 wurde an der Außenwand der Kassenhäuschen ein Schild mit Hinweis auf die Toilettenanlagen angebracht. Ferne befindet sich direkt bei den Toilettenanlagen noch einmal ein entsprechender Hinweis (siehe Anlagen).

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 15 02/2010) Vorlage: VO/1034/2010

An welchen Marburger Schulen wird das Angebot „Marburger Leseambulanz" ab diesem Schuljahr nicht mehr vom Hessischen Kultusministerium gefördert (durch Stundenzuweisungen) und wie viele Schüler/innen sind davon jeweils betroffen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Fragestellung bezieht sich auf eine Aufgabe der so genannten „inneren Schulangelegenheiten", für die der Schulträger Stadt Marburg nicht zuständig ist. Dem Fachdienst Schule ist dazu lediglich der Schriftverkehr der Astrid-Lindgren-Schule (Schulleitung, Gesamtkollegium und Schulelternbeirat) an das Hessische Kultusministerium bekannt. Die Schule hat im lfd. Schuljahr noch eine Stundenzuweisung vom örtlichen Staatlichen Schulamt erhalten, die aber zum kommenden Schuljahr 2010/11 nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann. Dies wäre ein großer Rückschritt in der bisher sehr erfolgreichen Förderarbeit der Schule.
Welche weiteren Marburger Schulen betroffen sind und um wie viele Schüler/innen es sich handelt, muss vom Staatlichen Schulamt beantwortet werden. Die schriftliche Auskunft des staatlichen Schulamts vom 24.02.2010 liegt dieser Biederschrift als Anlage bei.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 16 02/2010) Vorlage: VO/1035/2010

Da sich der Fragesteller zurzeit nicht im Saal befindet, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Vom Gleichberechtigungsreferat der Stadt wurde am 10.2.10 eine E-Mail mit offener Adressenliste verschickt. Ist das auch in anderen Referaten üblich und lassen sich dadurch die vielen E-Mails erklären, die den

Stadtverordneten zugehen? Im Übrigen wird in der genannten E-Mail für eine Veranstaltung der Linken geworben, was im Sinne der Neutralität städtischer Referate nicht angebracht ist.

Stellungnahme:

Vom Gleichberechtigungsreferat der Universitätsstadt Marburg wurde nur in diesem Fall eine offene Adressenliste versandt. Insgesamt ist das Versenden von E-Mails von anderen Referaten und Fachdiensten nicht üblich und erklärt auch nicht den Anteil der E-Mails, die den Stadtverordneten zugehen.

Zum Internationalen Frauentag 2010 gibt es eine Veranstaltung im Historischen Rathaussaal „ ...es regt sich etwas in der deutschen Frauenwelt" und die „Infobörse für Frauen" bei der Agentur für Arbeit. Das Gleichberechtigungsreferat wirbt für diese Veranstaltungen und ist selbst Träger der Veranstaltungen gemeinsam mit der Philipps Universität und der Agentur für Arbeit wird für Veranstaltungen geworben, die rund um den Internationalen Frauentag stattfinden, so z.B. für die Veranstaltung mit dem Titel „Die Vier-in-einem-Perspektive" von der emeritierten Professorin Dr. Frigga Haug, die bis 2001 an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik gelehrt hat und die von der Marburger Linken organisiert wurde.

Andere Fraktionen des Stadtparlaments haben keine Veranstaltungen gemeldet, insofern konnte dafür auch nicht geworben werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

---

zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 17 02/2010) Vorlage: VO/1036/2010

Was kann getan werden, dass am unteren Steinweg, bei der wunderschön gestalteten Fläche mit Mönchsbrunnen, Pferdetränke und zwei Pferden -als Kletterpferde für Kinder gedacht-, keine Fahrräder, im besonderen um und zwischen den Pferden, abgestellt werden, damit dieser Platz in seiner Bestimmung als Spiel- und Erholungsplatz erhalten bleibt.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Straßenverkehrsbehörde wird ein Hinweisschild anbringen lassen, dass auf dieser Fläche keine Fahrräder abgestellt werden sollen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 18 02/2010) Vorlage: VO/1037/2010

Wie viele nichtsesshafte Männer und wie viele nichtsesshafte Frauen haben in den Jahren 2008 und 2009 in der städtischen Notunterkunft übernachtet?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Das Angebot des städtischen Übernachtungsheimes wurde von Frauen in 2008 insgesamt 67 Mal von 15 unterschiedlichen Personen und in 2009 insgesamt 91 Mal von 20 verschiedenen Personen in Anspruch genommen.
Bei den Männern betrugen die Zahlen 749 Übernachtungen in 2008 und 966 in 2009. Die Anzahl der Personen lag in 2008 bei 114 und in 2009 bei 123.

---

zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan von Ploetz (Nr. 19 02/2010) Vorlage: VO/1038/2010

Kann der Magistrat dafür Sorge tragen, dass die Stadtwerke Marburg zukünftig einen Not-Ersatzplan im ÖPNV gewährleisten, wenn es zu weiteren unangemeldeten Streiks bei den Busfahrer/innen kommt, um mindestens den an den Bushaltestellen wartenden Schülerinnen und Schüler sowie Berufstätigen die Möglichkeit zu geben zur Arbeit oder zur Schule zu kommen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadtwerke Marburg GmbH haben einen Notfahrplan, der für den Fall eines Streiks seine Anwendung finden sollte und soll. Dieser Plan sieht für die Umsetzung einen Personalbedarf vor, der im Streikfall eine Mindestbedienung erlaubt.
Dieser Personalbedarf entspricht etwa einem Fünftel der im Betrieb Beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit einer entsprechenden Fahrerlaubnis. Damit ließen sich die Fahrgastströme zumindest im Schüler- und Berufsverkehr annähernd bewältigen.
Diesen Minimalbedarf festzustellen gehört zum Aufgabenbereich der Verkehrsmeister, die während der Bedienungszeiten das Verkehrsangebot der SWM überwachen und steuern. Damit ist gewährleistet, dass sofort auf eine Störung im Betriebsablauf sowie auch auf einen Streik reagiert werden kann. Im Fall dessen, dass eine genügende Anzahl von Fahrer-/innen und Fahrzeugen für den Notfahrplan nicht bereit gestellt kann, fällt auch ein Ersatzverkehr aus.
Vor dem Hintergrund, dass auch die sogenannten Altbeschäftigten des nicht bestreikten Tarifs wegen Solidaritätsbekundung an dem zuletzt stattgefundenen Streik teilgenommen haben, konnte der Notfahrplan nicht durchgeführt werden.

---

zu 5 Bericht des Kinder- und Jugendparlaments

Es ist bereits zur Tradition geworden, dass Vertreterinnen und Vertreter des Kinder- und Jugendparlaments der Universitätsstadt Marburg einmal im Jahr in der Stadtverordnetenversammlung Rederecht erhalten. Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter des 7. Kinder- und Jugendparlaments Carolin Sack, Anna Charis, Jona Hartmann und Svenja Michel.

Die Jugendlichen stellen sich einzeln vor und berichten in Anlehnung an die Form der Ansprache von Oberbürgermeister Egon Vaupel anlässlich des Neujahrsempfangs in der Stadthalle von A - Arbeitsgemeinschaften bis Z - Zukunft über ihre Arbeit, die errungenen Erfolge und die weiteren Überlegungen für die Zukunft.

Nach dem ausführlichen Bericht des Kinder- und Jugendparlaments dankt der Stadtverordnetenvorsteher im Namen des gesamten Hauses für die erfolgreiche Arbeit und weist auch auf die Sonderstellung des Marburger Kinder- und Jugendparlaments im Lande Hessen hin.

Wie in den vergangenen Jahren lädt der Stadtverordnetenvorsteher den Vorstand des KiJuPa zu einem Pizzaessen ein.

---

zu 6 Besetzung des Ortsgerichts Marburg V (Cyriaxweimar, Dilschhausen, Elnhausen, Haddamshausen, Hermershausen und Wehrshausen) Vorlage: VO/0917/2010

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher. Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung den in der Vorlage bereits aufgeführten Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Alexander von Pritzelwitz, zur Kenntnis genommen. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht vorgetragen. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Wahl auf Grund des vorliegenden Wahlvorschlags durchzuführen. Zur Vereinfachung des Verfahrens sollte offen durch Handaufheben abgestimmt werden.

Geheime Abstimmung wird aus dem Hause nicht beantragt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und somit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Alexander von Pritzelwitz, wohnhaft in der Hermershäuser Str. 6, 35041 Marburg, wird zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Marburg V (Cyriaxweimar, Dilschhausen, Elnhausen, Haddamshausen, Hermershausen und Wehrshausen) gewählt.

---

zu 7 Beirat für Stadtgestaltung
Hier: Entsendung von zwei neuen Mitgliedern
Vorlage: VO/0930/2010

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher. Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die vorgeschlagenen Mitglieder für den Beirat für Stadtgestaltung, die in der Vorlage aufgeführt sind, zur Kenntnis genommen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, die Genannten in den Beirat für Stadtgestaltung zu entsenden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1 Vertreter/Vertreterin des Kunstgeschichtlichen Instituts der Philipps-Universität Marburg

Herr Prof. Dr. Hubert Locher

sowie

1 Gartenarchitekt/ -architektin/Landschaftsarchitekt/ -architektin/ Landschaftsplaner/ -planerin/Landespfleger/ -pflegerin

Herr Dipl. Ing. Günter Sandmann, freier Landschaftsarchitekt bdla, Sickingen Straße 10, 34117 Kassel

werden in den Beirat für Stadtgestaltung entsandt.

---

zu 8 Wirtschaftsplan 2010 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH und der Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/0869/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Wirtschaftspläne ausführlich beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung in getrennter Abstimmung die Zustimmung. Die getrennte Abstimmung wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) beantragt.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) verzichtet in der Stadtverordnetenversammlung jedoch auch die getrennte Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die beigefügten Wirtschaftspläne 2010 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH sowie der Marburger Service GmbH werden beschlossen.

---

zu 9 Wirtschaftsplan 2010 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0977/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der beigefügten Wirtschaftsplan 2010 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.

---

zu 10 Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0978/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2008 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 10.502.102,48 EUR festgestellt. Der erzielte Jahresüberschuss i.H.v. 150.243,03 EUR wird mit den bestehenden Verlustvorträgen i.H.v. 115.343,49 EUR verrechnet und der verbleibende Differenzbetrag i.H.v. 34.899,54 EUR zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation in die Ergebnisrücklagen eingestellt.**

2. **Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

---

zu 11 Übernahme einer Bürgschaft für die GeWoBau
hier: 93.500 € für das Solarstromprojekt
Vorlage: VO/0928/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg übernimmt gemäß § 114 k Abs. 2 i. V. m. § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH (GeWoBau) bis zur Höhe von 93.500 €.

Die Bürgschaft dient zur Sicherung der Einlagen der Privatanleger im Photovoltaik-Projekt 2009.

Für die Bürgschaft hat die GeWoBau eine Bürgschaftsprovision von 0,5 des jeweils verbürgten Restbetrages zu leisten.

Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

---

zu 12 Bauleitplanung der Stadt Marburg Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2/4 "Campus Firmanei, Universitätsbibliothek"
Vorlage: VO/0916/2010

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zur Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2/4 für den Bereich „Campus Firmanei, Universitätsbibliothek“ gemäß § 2 Baugesetzbuch (Bau GB) wird beschlossen.

---

zu 13 Konzept Freiraumgestaltung im Afföller
Vorlage: VO/0921/2010

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

Das Konzept zur Freiraumgestaltung im Bereich von Afföller Wehr und Wehrdaer Weg zur Kenntnis genommen.

Der Bedarf zur Realisierung einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Lahn wird anerkannt.

Das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren soll für das Konzept insgesamt beantragt werden.

---

zu 14 Klimaschutzkonzept
Vorlage: VO/0941/2010

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, ein integriertes Klimaschutzkonzept zu erstellen.

---

zu 15 Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplanung 2010 – 2014
Vorlage: VO/0960/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorliegenden Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplan für die Jahre 2010 - 2014 zu.

---

zu 16 Sportentwicklungsplan der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0968/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum Sportentwicklungsplan.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem beigefügten Sportentwicklungsplan wird zugestimmt.

---

zu 17 Dringlichkeitsanträge

---

zu 17.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Sonderprogramm Straßensanierung Vorlage: VO/0994/2010

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt ist im Ältestenrat vereinbart worden, dass die Vorlage mit Aussprache beraten wird. Die Aussprache wird eröffnet. Es sprechen die Stadtverordneten Sell (SPD), Pfalz (CDU) und für den Magistrat Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, möglichst rasch ein Sonderprogramm zur Sanierung der Straßenschäden in Höhe von 250.000 € aufzulegen. Dazu soll - sobald die Witterung dies zulässt - das Marburger Straßennetz im Hinblick auf die schlimmsten Frostschäden überprüft werden und eine zweckmäßige Prioritätensetzung (nach Schadensgröße und Verkehrsbelastung) vorgenommen werden, um das Geld möglichst nutzbringend einzusetzen. Dabei sind Fuß- und Radwege in die Reparaturplanungen gleichwertig mit einzubeziehen.

---

zu 17.2 Dringlichkeitsantrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Erhalt des Arbeitsgerichts am Standort Marburg Vorlage: VO/1022/2010

Zur Vorlage spricht der Stadtverordnete Acker (SPD). Er begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat soll sich bei der Landesregierung dafür einsetzen, dass das Arbeitsgericht in Marburg erhalten bleibt und die Arbeitsplätze am Gericht in Marburg angesiedelt bleiben.

---

zu 18 Anträge der Fraktionen

---

zu 18.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Integriertes Klimaschutzkonzept Vorlage: VO/0392/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Im Umweltausschuss wurde über den Beschlusstext absatzweise abgestimmt. Der Absatz 1 wird zur Annahme empfohlen. Der Absatz 2 wurde von den Antragsstellern für erledigt erklärt. Der Absatz 3 wurde von den Antragsstellern zurückgestellt bis auf weiteres. Der Absatz 4 wurde von den Antragsstellern für erledigt erklärt.

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert das Haus, dass somit nur noch über den Absatz 1 des Beschlusstextes abgestimmt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (STVV) beauftragt den Magistrat, dem Beispiel des Landkreises Marburg-Biedenkopf folgend, beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit einen Antrag auf Förderung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes zu stellen.

---

zu 18.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Module für Kinderbetreuung in Früh- und Spätstunden Vorlage: VO/0669/2009

Der Antrag wurde vom Sozialausschuss am 21.10.2009 an den Jugendhilfeausschuss zur Stellungnahme überwiesen. Der Jugendhilfeausschuss hat die Vorlage in seiner Sitzung am 11. Februar 2010 zurückgestellt.

Somit stellt auch die Stadtverordnetenversammlung den Antrag zurück.

---

zu 18.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/0755/2009

Zusammen mit diesem Tagesordnungspunkt werden aufgerufen die Tagesordnungspunkte:

18.4 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Nutzung der Windenergie für Marburg

18.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Windkraftstandort Lahnberge

19.1 Vorranggebiete für Windenergienutzung - Abweichungsverfahren vom Regionalplan Visualisierung

Die Fraktion Marburger Linke hat zum Thema Windkraftanlagen Aussprache angemeldet. Zunächst erfolgen jedoch die Berichte aus den einzelnen Ausschüssen.

Zu TOP 18.3:

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Absatz 3 der Beschlussformulierung wurde im Umweltausschuss zur Annahme empfohlen. Die Absätze 1, 2, 4 und 5 wurden mehrheitlich zur Ablehnung empfohlen.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung das gleiche Votum wie der Umweltausschuss.

Zu TOP 18.4:

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Zu TOP 18.5:

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag der CDU-Fraktion.

Zu TOP 19.1:

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen und empfiehlt dies auch der Stadtverordnetenversammlung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache zu den aufgerufenen Vorlagen. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Kissel (CDU), Dr. Weber (Marburger Linke), Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Musket (SPD), Schwebel (FDP), Schaffner (CDU), Dr. Uchtmann (MBL), Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen), Sell (SPD), Heck (CDU) und Dr. Weber (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Während der Aussprache hat von 17:15 bis 17:46 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Debatte lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die einzelnen Vorlagen abstimmen.

ZU TOP 18.3:

Es wird wie in den Ausschüssen getrennte Abstimmung zu den einzelnen Absätzen der Vorlage gewünscht.

Absatz 1
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Absatz 2
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Absatz 3
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP, sowie bei Nein-Stimmen der CDU und der MBL folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (STVV) beauftragt den Magistrat zu prüfen, ob eine interkommunale Zusammenarbeit bei Planung, Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Landkreis zweckdienlich ist.

Absatz 4

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von Marburger Linke, Bündnis 90/Die Grünen und einer Stimme der MBL, bei Nein-Stimmen der CDU und der FDP und bei Enthaltung der SPD folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Absatz5
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, Nein-Stimmen von FDP und MBL und bei Enthaltung der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (STVV) beauftragt den Magistrat eine Informationsoffensive mit dem Ziel zu starten, die Akzeptanz der Bevölkerung für Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Marburg deutlich zu verbessern. Die Auswirkungen auf die regionale Wertschöpfungskette, die heimischen Arbeitsplätze, die Entwicklung der Strompreise und die Höhe von Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Marburg sollen dabei im Vordergrund stehen.

Es folgt die Abstimmung zur TOP 18.4:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Um die Windenergie für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Marburg in erweitertem Umfang auch außerhalb Marburgs zu nutzen, werden die Stadtwerke Marburg beauftragt, an Standorten im Landkreis Marburg-Biedenkopf, die windenergetisch ertragreich, von der Bevölkerung akzeptiert und wirtschaftlich erfolgreich erscheinen, Windkraftanlagen - ggf. in Kooperation mit weiteren Investitionspartnern - zu errichten und zu betreiben.

Abstimmung zu TOP 18.5:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, CDU, FDP und MBL, sowie bei Nein-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Planungen zu Windkraftstandorten auf den Lahnbergen umgehend einzustellen.

Zu TOP 19.1:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 18.4 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Nutzung der Windenergie für Marburg Vorlage: VO/0759/2009

Der Tagesordnungspunkt wurde mit TOP 18.3 aufgerufen.

---

zu 18.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Windkraftstandort Lahnberge Vorlage: VO/0764/2009

Der Tagesordnungspunkt wurde mit TOP 18.3 aufgerufen.

---

zu 18.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Vernetzte Kinderbetreuung Vorlage: VO/0807/2009

Dieser Antrag wurde vom Sozialausschuss am 9.12.2009 an den Jugendhilfeausschuss zur Beratung und Stellungnahme überwiesen. Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 11. Februar 2010 den Antrag zurückgestellt und an den Fachausschuss Kinderbetreuung überwiesen.

Somit stellt auch die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zurück.

---

zu 18.7 Antrag der MBL-Fraktion betr. Visualisierung der Windkraftwerke auf den Lahnbergen Vorlage: VO/0899/2010

Die Antragssteller haben die Vorlage im Umweltausschuss zurückgezogen und im Bau- und Planungsausschuss für erledigt erklärt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 18.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Wettbewerb "Bundeshauptstadt Klimaschutz" Vorlage: VO/0915/2010

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, Nein-Stimmen der CDU und MBL und bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg beauftragt den Magistrat sich am diesjährigen Wettbewerb „Bundeshauptstadt Klimaschutz“ zu beteiligen.

---

zu 18.9 Antrag aller Fraktionen betr. Programm zur dauerhaften Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen (Resettlement-Programm) Vorlage: VO/0956/2010

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzenden Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext ist im Sozialausschuss zu Ziffer 4 geändert worden.

Ziffer 4 hat jetzt folgenden Wortlaut:

Die STVV bittet die save-me-marburg-Kampagne sich weiterhin als Patinnen und Paten im Rahmen des Resettlement-Programms zu engagieren und für eine andere, stärker an den Bedürfnissen der Hilfe Suchenden und an ihrer Integration orientierten Flüchtlingspolitik Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Dabei soll sie vom Magistrat unterstützt werden.

In dieser geänderten Fassung empfiehlt der Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Stadtverordnete Pfalz wünscht getrennte Abstimmung über die Ziffer 4 des vorliegenden Antrages.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über die Ziffern 1-3 in der ursprünglichen Fassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1.
Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg appelliert an die Bundesregierung, entsprechend dem Anliegen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), ein kontinuierliches Programm zur dauerhaften Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen (Resettlement-Programm) einzurichten.

2.
Hierfür sind von Seiten des Bundes Rahmenbedingungen zu schaffen, um den erforderlichen Integrationsprozess zu ermöglichen.

3.
Die Universitätsstadt Marburg erklärt ihre grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlement-Programms der Bundesregierung aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.

Beschlussfassung über die geänderte Ziffer 4 in der Fassung des Sozialausschusses:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP sowie bei Nein-Stimmen des CDU und MBL folgenden Beschluss:

4.
Die STVV bittet die save-me-marburg-Kampagne sich weiterhin als Patinnen und Paten im Rahmen des Resettlement-Programms zu engagieren und für eine andere, stärker an den Bedürfnissen der Hilfe Suchenden und an ihrer Integration orientierten Flüchtlingspolitik Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Dabei soll sie vom Magistrat unterstützt werden.

---

zu 18.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. Krippengruppe Stadtwald Vorlage: VO/0957/2010

Der Antrag ist im Sozialausschuss zurückgestellt und an den Jugendhilfeausschuss zur Beratung überwiesen worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

---

zu 18.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Trinkwasserbrunnen Wochenmarkt Vorlage: VO/0958/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss in einen Prüfantrag umgewandelt worden. Der Antrag hat nunmehr folgenden Beschlusstenor:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob ein Trinkwasserbrunnen mit Druckknopf im Bereich des Wochenmarktes in der Frankfurter Straße eingerichtet werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob ein Trinkwasserbrunnen mit Druckknopf im Bereich des Wochenmarktes in der Frankfurter Straße eingerichtet werden kann.

---

zu 18.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ortenbergsteg Vorlage: VO/0959/2010

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss in einen Prüfantrag umformuliert worden. Der Antragstext lautet nunmehr wie folgt:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob an der Treppe am Ortenbergsteg ein Laufstreifen für Kinderwagen, Rollatoren, Fahrräder, etc. eingerichtet und ob

bei Funktionsausfall des Aufzuges dies auch von der anderen Seite gut sichtbar angezeigt werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den geänderten Antragstext abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob an der Treppe am Ortenbergsteg ein Laufstreifen für Kinderwagen, Rollatoren, Fahrräder, etc. eingerichtet und ob bei Funktionsausfall des Aufzuges dies auch von der anderen Seite gut sichtbar angezeigt werden kann.

---

zu 18.13 Antrag der MBL-Fraktion betr. Zukunft der MTM Vorlage: VO/0972/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung dieses Antrages. Aussprache wurde von den Antragsstellern angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache spricht der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters zieht der Stadtverordnete Dr. Uchtmann den Antrag für die MBL-Fraktion zurück.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 18.14 Antrag der MBL-Fraktion betr. Nutzung Messegelände Vorlage: VO/0973/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, den folgenden einstimmig beschlossenen Antrag der MBL vom September 2007 umzusetzen und das geforderte Konzept zu erstellen:

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 2007:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Kooperation mit dem Kreis bei entsprechender Kostenbeteiligung, mit Messe Marburg und gegebenenfalls mit dem Werbekreis Wehrda ein Konzept für künftige

Messeveranstaltungen bzw. weitere Nutzungsmöglichkeiten des Messegeländes zu erstellen.

---

zu 18.15 Antrag der CDU-Fraktion betr. Anhörung Ortsbeiräte Vorlage: VO/0988/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Kissel (CDU), Schwebel (FDP), Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen), Pfalz (CDU), Acker (SPD). Für den Magistrat sprechen Bürgermeister Dr. Kahle und Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP, Marburger Linken und MBL sowie Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 19 Kenntnisnahmen

---

zu 19.1 Vorranggebiete für Windenergienutzung – Abweichungsverfahren vom Regionalplan Visualisierung Vorlage: VO/0940/2010

Der Tagesordnungspunkt wurde mit TOP 18.3 aufgerufen.

---

zu 19.2 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stadt der Budgets zum 31.12.2009 Vorlage: VO/0975/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 19.3 Bahnanbindung der Universitätsstadt Marburg

Vorlage: VO/1020/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **20:00 Uhr.**

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Acker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Pfalz
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen